

B e s c h l u s s a n t r a g der FPÖ - Gemeinderäte Stefan Berger, Wolfgang Seidl und Veronika Matiasek betreffend „keine Zuwanderung in die Mindestsicherung“, eingebracht in der Spezialdebatte Soziales, Gesundheit und Sport im Rahmen der Debatte zum Doppelbudget 2022/2023 am 30. November 2021 zu Post 1

---

136.267 Menschen bezogen im Vorjahr in Wien Mindestsicherung. 55 Prozent davon sind Nichtösterreicher. 13 Prozent der jungen Erwachsenen in der Hauptstadt sind armutsgefährdet. 23 Prozent der Jugendlichen sind mittlerweile über die Mindestsicherung versichert. Das verkündete der zuständige amtsführende Stadtrat Peter Hacker (SPÖ) bei der Präsentation des Jahresberichts zur Wiener Mindestsicherung.

Seit Einführung der Mindestsicherung sind die Bezugsdauern der Bezieherinnen und Bezieher kontinuierlich gestiegen. 2020 betrug sie im Durchschnitt 9,6 Monate. Angestiegen ist der Anteil der Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher in der Mindestsicherung.

55 Prozent der Wiener Mindestsicherungsbezieher sind Nichtösterreicher. In absoluten Zahlen bedeutet das, dass 75.295 Menschen in Wien Sozialhilfe beziehen, die keine österreichische Staatsbürgerschaft haben, der Anteil jener mit Migrationshintergrund ist noch weit höher. Generell beziehen 12 Prozent **aller** Nichtösterreicher Sozialhilfe. Die überwiegende Mehrheit davon sind Drittstaatsangehörige. Die Arbeitslosigkeit der Mindestsicherungsbezieher erreichte im April 2020 einen Anstieg von 40,6 Prozent im Vergleich zum Monat davor und damit ihren absoluten Höhepunkt.

Die Ausgaben stiegen deutlich. Das neue Doppelbudget der Stadt Wien für 2022 und 2023, bei dem es insgesamt um gewichtige 33,3 Milliarden Euro geht, sieht Ausgaben für die Mindestsicherung in Höhe von 1,5 Milliarden Euro vor. Der große Belastungssprung begann im Wesentlichen mit dem Massenmigrationsstrom aus dem Jahr 2015. Von da an stiegen die Ausgaben jährlich an.

Die aktuellen Zahlen zur Wiener Mindestsicherung sind desaströs und zeigen, dass die SPÖ/NEOS-Koalition mit ihrer Willkommenspolitik Migranten in das Wiener Mindestsicherungssystem importiert. Nimmt man den Anteil der Mindestsicherungsbezieher mit Migrationshintergrund, geht es in Richtung 80 Prozent aller Bezieher. Anstatt diese vorwiegend jungen Ausländer in den Arbeitsprozess zu bringen, werden sie von SPÖ-Bürgermeister Ludwig und Stadtrat Hacker mit Sozialgeldern versorgt, die der Allgemeinheit fehlen. Es darf nicht sein, dass dieses rote Mindestsicherungsmodell, das Menschen fürs Nichtstun belohnt und auch nicht zu gemeinnütziger Tätigkeit anhält, in dieser Art und Weise weiter bestehen bleibt. Nach der aktuellen Rechtslage bekommen Mindestsicherungsbezieher zum Teil mehr Geld als Menschen, die 40 Stunden pro Woche hart arbeiten gehen.

Die gefertigten Gemeinderäte stellen daher gemeinsam mit den Mitunterzeichnern gemäß § 27 Abs. 4 der Geschäftsordnung für den Gemeinderat der Stadt Wien nachfolgenden

### B e s c h l u s s a n t r a g

Der Wiener Gemeinderat spricht sich aus für:

1. Ausschließlich österreichische Staatsbürger haben Anspruch auf Leistungen der Wiener Mindestsicherung
2. Einführung des im § 9 SH-GG vorgesehenen Kontrollsystems zur Missbrauchs-Prävention.
3. Ausbau des Sachleistungssystems unabhängig von der im § 18 Abs 2 WMG notwendigen Zweckentfremdung der Leistungen.

In formeller Hinsicht wird die sofortige Abstimmung beantragt.

*Handwritten signatures:*  
Z. Cser  
[Signature]  
[Signature]  
[Signature]  
[Signature]

MAGISTRATSDIREKTION  
DER STADT WIEN  
ABGELEHNT  
Eing.: 30. NOV. 2021  
PGL-1427451-2021-KFP/GAT  
Geschäftsstell., Landtag, Gemeinderat,  
Landesregierung und Staatsrat